

Dokumentation

Schwarzbuch

Wie sich CDU und
FDP an Essen vergehen.

NRW
SPD

Aus dem Inhalt

- 4 Das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) belastet Stadt und Eltern finanziell
- 5 Ungerecht und ohne Konzept: Schwarz-Gelbe Bildungspolitik in NRW
- 7 Studiengebühren machen den Schulabgängern zu schaffen
- 9 Schwarz-Gelb lässt Essener Arbeitslose im Regen stehen
- 10 Landesregierung hält am falschen Kurs in der Finanzpolitik fest
- 11 CDU und FDP setzen Sparkassen aufs Spiel
- 12 Umweltzone Ruhrgebiet: Unnützes Flickwerk
- 13 Landesregierung verscherbelt LEG und verrät Mieterinteressen
- 14 Wohnen in Essen: Schwarz-Gelb stiehlt sich aus der Verantwortung
CDU und FDP schleifen Mieterschutz
- 15 Weniger Geld für den Straßenbau
Schwarz-Gelb für Preiserhöhungen im ÖPNV verantwortlich
- 16 Privat vor Staat schadet Essen und seinen Bürgerinnen und Bürgern

Impressum

Herausgeber / Vi.S.d.P.:
 Britta Altenkamp MdL, Dieter Hilser MdL, Thomas Kutschaty MdL
 (Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf) und Peter Weckmann
 (Severinstraße 44, 45127 Essen)
 Fotos: picture-alliance/dpa, Daniel Behmenburg
 1. Auflage, Stand: 5. November 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Essenerinnen und Essener,

seit dem Regierungsantritt von CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Juni 2005 hat sich für die nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger nichts zum Besseren entwickelt. In nahezu allen Bereichen befindet sich die schwarz-gelbe Landesregierung auf dem Irrweg. Kein Wunder also, dass diese Politik massive Proteste hervorruft. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die schwarz-gelben Versuche, den Markt und nicht den Menschen in den Mittelpunkt politischen Handelns zu rücken.

Während die Chronologie schwarz-gelber Regierungspolitik auf Landesebene nur noch mit Pannen, Pleiten und Peinlichkeiten gleichzusetzen ist, werden die konkreten Auswirkungen auf die Stadt Essen oftmals nicht ausreichend beachtet. Doch gerade der Blick auf die Kommune zeigt einmal mehr auf, wie CDU und FDP Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes machen. Anstatt das Land Nordrhein-Westfalen zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen, stiehlt sich die Landesregierung zu oft aus der Verantwortung und schiebt die Probleme auf die Städte und Gemeinden ab. Mit diesem Batzen ungelöster Zukunftsaufgaben lässt die Landesregierung dann die Kommunen sowohl finanziell als auch konzeptionell allein im Regen stehen.

Unterstützt wird diese Politik zu Lasten der Städte und Gemeinden sowie der Menschen, die dort leben, auch von den Landtagsabgeordneten von CDU und FDP. Die Essener Landtagsabgeordneten von CDU (Manfred Kuhmichel) und FDP (Ralf Witzel) nehmen diesen Kurs nicht nur widerspruchslos hin, sie unterstützen diese auch noch.

Mit dieser Broschüre wollen wir Sie darüber informieren, welche konkreten Auswirkungen das Handeln von CDU und FDP auf die Stadt Essen hat und welche Unterstützung dieser Kurs durch die örtlichen CDU- und FDP-Abgeordneten, Manfred Kuhmichel und Ralf Witzel, erfährt. In der Hoffnung, Ihnen eine interessante Lektüre an die Hand gegeben zu haben, verbleiben wir mit einem herzlichen

Glück Auf!



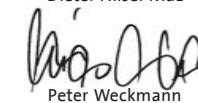
Britta Altenkamp MdL



Dieter Hilser MdL



Thomas Kutschaty MdL



Peter Weckmann

Das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) belastet Stadt und Eltern finanziell

Gegegen die heftigen Widerstände von SPD, Eltern, Verbänden, Trägern und ErzieherInnen hat die schwarz-gelbe Landesregierung das so genannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) durchgepeitscht. Durch dieses Gesetz steigt für die Stadt Essen der Anteil an den Kosten, den die Stadt für die vorschulische Betreuung leistet. Auch Eltern werden zukünftig tiefer in die Tasche greifen müssen.

Kuhmichel schweigt, Witzel lobt...

In Essen wurden in städtischen Einrichtungen bisher ca. 15 Prozent der Betreuungskosten durch die Elternbeiträge gedeckt. Das Land Nordrhein-Westfalen fordert allerdings eine Deckung von 19 Prozent. Während noch unter der rot-grünen Landesregierung diese Lücke durch den so genannten Elterbeitragsdefizitausgleich geschlossen wurde, haben CDU und FDP im Jahr 2006 diese Ausgleichszahlung abgeschafft. Für die Stadt Essen bedeutet

diese von der schwarz-gelben Landesregierung herbeigeführte Kürzung einen Verlust von knapp fünf Millionen Euro. Als Stadt mit Haushaltssicherungskonzept hat Essen im Grunde keine andere Wahl, als auf Weisung der Bezirksregierung die Elternbeiträge anzuheben. Beitragsfreiheit bzw. geringe Elternbeiträge werden so zur Glücksache: Arme Städte können ihre Kinder weniger unterstützen. Schwarz-Gelb hat somit soziale Ungleichheit per Gesetz in NRW eingeführt.

Durch das KiBiz sind auch die Essener Gesamtbetriebskosten von 88,5 auf 91,9 Millionen Euro jährlich angestiegen. Mit knapp 47 Millionen Euro muss die Stadt Essen den Löwenanteil dieser Kosten übernehmen. Eine Folge dessen ist, dass die Stadt hierfür fünf Millionen Euro mehr bereitstellen muss.



Ungerecht und ohne Konzept: Schwarz-Gelbe Bildungspolitik in NRW

Die CDU-geführte Landesregierung klebt am Auslaufmodell Hauptschule. Sie verkennt bildungspolitische Erkenntnisse und führt einen ideologischen Kampf gegen die Gesamtschulen. Kopfnoten, Pannen beim Zentralabitur und eine schlechte Lehrerversorgung runden die Fehlleistungen ab.

Kuhmichel lobt, Witzel schwärmt...

Während selbst die Medien über das massive Hauptschulsterben in Nordrhein-Westfalen berichten, präsentieren CDU und FDP ein weiteres Kapitel ihres Märchens von der „heilen Hauptschulwelt“. Die Realität sieht anders aus. Die Hauptschule ist nicht nur von zurückgehenden Schülerzahlen betroffen. Sie leidet auch unter einer besonders niedrigen Akzeptanz. Trotz guter Arbeit der Lehrkräfte und erheblicher zusätzlicher Ressourcen ist die Hauptschule durch ihre Stellung im Schulsystem kaum in der Lage, den Schülerinnen und Schülern Anreize und berufliche Perspektiven zu bieten.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW hat unlängst veröffentlicht, dass die Schülerzahlen an den nordrhein-westfälischen Hauptschulen um 6,6 Prozent zurückgegangen sind. Keine andere Schulform hat einen so drastischen Schülerrückgang zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund ist die Reali-

tätsverweigerung von CDU-Schulministerin Barbara Sommer und der Essener Landtagsabgeordneten von FDP und Union, die mit einer Qualitätsoffensive und dem Ausbau des Ganztags die Hauptschule künstlich am Leben erhalten wollen, mehr als nur bedenklich. Wergleiche Bildungschancen für alle Kinder will, der muss die Gemeinschaftsschule einführen. Schon allein der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik prognostizierte Rückgang des Schülerbestandes in der Sekundarstufe I in Essen um 21,73 Prozent bis zum Jahr 2016 macht neue Ansätze in der Schullandschaft erforderlich. Mit der Gemeinschaftsschule hätten die Eltern auch bei geringeren Schülerzahlen, die ansonsten zwangsläufig zu Schulschließungen führen werden, für ihre Kinder ein wohnortnahes Schulangebot für alle Bildungsgänge.

Anstatt aber die Gesamtschulen zu stärken, fahren Schulministerin Sommer

auf Landesebene und vor allem der FDP-Abgeordnete Witzel auf kommunaler Ebene eine Attacke nach der anderen gegen die Gesamtschulen. Während Witzel und Kuhmichel die Gesamtschule ab 2010 auf die Sekundarstufe I beschränken wollen, denunziert die Schulministerin die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen. Dabei führen gerade die Gesamtschulen Schülerinnen und Schüler zum Abitur, die keine Gymnasialempfehlung erhalten haben.

Mit dem neuen Schulgesetz hat die schwarz-gelbe Landesregierung auch die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten auf die Schullandschaft massiv eingeschränkt. So hat die Stadt Essen keinen Einfluss mehr darauf, wer an ihren Schulen Schulleiter oder Schulleiterin wird, da die Wahl der Schulleiter durch die Schulkonferenz ohne Mitwirkung durch den Schulträger stattfindet. Nach dem Willen der Landesregierung darf die Stadt Essen zukünftig nur noch für die Gebäude und deren Instandhaltung zahlen, muss aber zwangsweise mit den Schulleiter/innen zusammenarbeiten, auf deren Auswahl sie keinen Einfluss hat. Gleichzeitig hat die Landesregierung die Schulbezirke unter dem Beifall von Ralf Witzel aufgehoben und damit einerseits einer sozialen Destabilisierung von Schulen Vorschub



geleistet und andererseits den Weg für Ghettoschulen geebnet.

Während der Beratung und Verabschiedung des Schulgesetzes im Jahr 2005 wurde ebenfalls geregelt, dass diejenigen ALG-II-Empfänger, die vor Einführung des ALG II keine Sozialhilfeempfänger waren (also z.B. Arbeitslosenhilfe bezogen), nicht vom Eigenanteil befreit sind. Hinzu kommt, dass die Regelung für die ehemaligen Sozialhilfeempfänger nur bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 galt und nun nur noch Sozialhilfeempfänger vom Eigenanteil befreit sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte angekündigt, diese „Gesetzeslücke“ zu schließen. Dieses verkündete Versprechen löste sie aber bis heute nicht ein. Sie ist nicht bereit, diese Mittel bereitzustellen. Auch in Essen konnte sich die CDU erst nach langem Zögern durchringen, Kindern von ALG-II-Empfängern einmalig für das laufende Schuljahr Schulbücher zur Verfügung zu stellen.

Studiengebühren machen den Schulabgängern zu schaffen

Die schwarz-gelbe Landesregierung machte die Einführung von Studiengebühren an den Universitäten möglich. Dies hat fatale Folgen für die Studierenden der Universität Duisburg-Essen und für den Essener Arbeitsmarkt.

Kuhmichel irrt und wirrt, Witzel sieht zu...

Auch die Hochschulpolitik der Landesregierung folgt konsequent dem Leitbild Selektion und Ausgrenzung. Die durch die schwarz-gelbe Landesregierung ermöglichte Einführung von Studiengebühren an der Universität Duisburg-Essen hatte fatale Folgen für die Studierendenzahlen und junge Menschen von einem Studium abgeschreckt. Obwohl die Anzahl der jungen Menschen, die ein Studium aufnehmen könnten, seit Jahren kontinuierlich steigt, sind die Anfängerzahlen an der Universität Duisburg-Essen, als die Absicht Studiengebühren einzuführen bekannt wurde, zum Beginn des Wintersemesters 2006/07 deutlich eingebrochen. Waren es zum Wintersemester 2005/06 noch 4.670 Studienanfänger, so hat sich die Zahl zu Beginn des Jahres 2007 um knapp 20 Prozent dramatisch reduziert. Auch auf die Gesamtzahl der Studierenden haben sich die Studiengebühren negativ ausgewirkt: Waren zum Wintersemester 2006/07 noch 32.582 Studierende an der

Universität Duisburg-Essen eingeschrieben, so hat sich die Zahl zum Wintersemester 2007/08 um knapp 10 Prozent auf 29.676 drastisch verringert. Auch zum Sommersemester 2007 sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr deutlich eingebrochen: rund 22 Prozent haben sich weniger eingeschrieben.

Die Entwicklung an unserer Universität geht mit einem Verdrängungswettbewerb in der beruflichen Bildung einher, dem die Absolventen der Hauptschulen und der Realschulen zum Opfer fallen. Der Abiturient, der nicht in ein gebührenfreies Bundesland flüchtet, sucht sich einen Ausbildungsplatz. So werden Realschüler in Maßnahmen gedrängt, aus denen Hauptschüler ganz heraus fallen. Diese von Schwarz-Gelb hervorgerufene Entwicklung läuft auch dem volkswirtschaftlichen Bedarf nach mehr Akademikern in unserem Land völlig zuwider.

Rüttgers Studiengebühren führen insbesondere im Ruhrgebiet dazu, dass es in Zukunft nicht mehr hervorragend

ausgebildete junge Menschen mit einem Hochschulabschluss gibt, sondern weniger.

Angeblich sollten sich mit der Einführung der Studiengebühren auch die Qualität und Quantität der Forschung und Lehre verbessern. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Ein Blick auf die Sparpläne der Universität Duisburg-Essen spricht für sich. Um Kosten zu senken, sollen auch an unserer Universität massiv Professoren-Stellen eingestrichen werden. Besonders betroffen sind allen voran geisteswissenschaftliche Fächer wie Romanistik und Philosophie, wo nach subjektivem

Empfinden die Absolventenzahlen zu gering sind und/oder zu wenig Drittmittel eingeworben würden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich gegen den Widerstand der SPD erstritten, dass nunmehr nicht die Freiheit von Wissenschaft und Forschung im Mittelpunkt steht, sondern Studiengänge nur noch unter dem Blickwinkel der ökonomischen und kommerziellen Verwertbarkeit betrachtet werden. Diese Schwächung der Universität hat Essens CDU-Abgeordneter Manfred Kuhmichel als „Hochschulexperte“ seiner Fraktion federführend begleitet.



Schwarz-Gelb lässt Essener Arbeitslose im Regen stehen

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag das Aus für die Essener Arbeitslosenzentren beschlossen. Mit dieser schwerwiegenden und dramatisch unsozialen Entscheidung lassen CDU und FDP die Arbeitslosen allein im Regen stehen.

Kuhmichel und Witzel sehen zu...

Mit dem endgültigen Beschluss, die Landesförderung aller Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen zu beenden, isoliert die schwarz-gelbe Landesregierung die Arbeitslosen und erschwert ihre berufliche und gesellschaftliche Integration. Obwohl allen Beteiligten klar war, dass damit mehr als Zweidrittel dieser unabhängigen Anlaufstellen für Arbeitssuchende ersatzlos von der Landkarte verschwinden, haben CDU und FDP wider besseres Wissen an ihren Plänen festgehalten. Für Essen bedeutet dies vor allem die Zerschlagung wichtiger sozialer Strukturen: drei der fünf Beratungsstellen werden wegfallen. Diese drei Beratungsstellen sollen nach Auffassung der Landesregierung nun über Psychosoziale Beratung nach Paragraph 16.2.3 SGB II finanziert werden.

Abgesehen von der Tatsache, dass sich die Landesregierung wiederholt aus ihrer sozialen Verantwortung verabschiedet und die Finanzierung der Arbeitslosen-

zentren auf die Bundesebene bzw. auf die ARGEN abschiebt, ist noch völlig offen, ob die Beratungsstellen durch die ARGE überhaupt finanziert werden.

Besonders bitter an dem Aus der Beratungsstellen ist sicherlich, dass ein solcher Beschluss unter der Federführung von CDU-Arbeitsminister Laumann, zugleich Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA), gefasst wurde.

Für Kuhmichel und Witzel sind Essener Arbeitslose offenbar nicht mehr unterstützenswert, sondern nur noch Titel mit Einsparpotential im Haushaltsplan. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat zudem die Bewilligung der Prozesskostenhilfe für Bedürftige deutlich erschweren will. Professionelle Hilfe soll also auf ein Minimum zurückgeschraubt werden.



Landesregierung hält am falschen Kurs in der Finanzpolitik fest

CDU und FDP folgen mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik weiter einem falschen Kurs für Nordrhein-Westfalen: Es werden keine Schwerpunkte gesetzt und Wege aufgezeigt, wie Nordrhein-Westfalen die Herausforderungen der Zukunft bewältigen kann. Leidtragende dieser unkalkulierbaren Finanzpolitik sind einmal mehr die Kommunen unseres Landes.

Kuhmichel und Witzel sind rat- und tatenlos...

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben alle Vorschläge für Veränderungen ihrer Haushaltspolitik in Richtung Schwerpunktsetzung und damit für eine zukunftsfähige und sozial gerechte Politik für NRW abgelehnt. Sie halten stur an dem einmal eingeschlagenen Kurs fest. Er führt erkennbar in eine Sackgasse: NRW und die Stadt Essen verlieren.

Schwarz-Gelb ist mit dem Versprechen angetreten, die Verschuldung des Landes abzubauen. Die Realität sieht anders aus: Trotz 25 Prozent mehr Steuereinnahmen gegenüber 2005 wird die Verschuldung bis zum Ende des Jahres 2009 auf den Rekordwert von 120,5 Milliarden Euro steigen. Auf das Konto von Finanzminister Linssen (CDU) gehen davon 13,5 Milliarden Euro. Essens Landtagsabgeordnete Witzel (FDP) und Kuhmichel (CDU) kommentierten diese desaströsen Zahlen in der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes mit Applaus.

Massiv betroffen von dem finanzpolitischen Chaos ist auch die Stadt Essen. Im Dezember des vergangenen Jahres hat das Landesverfassungsgericht der Landesregierung bescheinigt, dass sie die Kommunen weit über Gebühr an den Kosten für den Solidarpakt Ost beteiligt hat. Doch nun stellt die Landesregierung die fälligen Rückzahlungen in Frage.

Die Stadt Essen hat aufgrund des Urteils knapp 28,79 Millionen Euro erhalten, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eingeplant oder bereits ausgegeben sind. Muss die Stadt das Geld nun zurückzahlen, werden die Leidtragenden die Menschen in unserer Stadt über steigende Abgaben oder gekürzte Leistungen sein. Nur die drei Essener SPD-Landtagsabgeordneten setzen sich dafür ein, die Rückforderung des Landes zu verhindern. Die Abgeordneten Kuhmichel und Witzel hüllen sich hingegen in Schweigen.

CDU und FDP setzen Sparkasse Essen aufs Spiel

Jetzt geht's den Sparkassen an den Kragen. Mit der geplanten Sparkassennovelle macht Schwarz-Gelb den ersten Schritt in Richtung einer schleichenden Privatisierung.

Kuhmichel und Witzel gehen diesen Schritt munter mit...



Tausende Sparkassenbeschäftigte machten vor einigen Wochen vor dem Landtag ihrem Ärger über das von der schwarz-gelben Landesregierung geplante Sparkassengesetz Luft. Zu Recht, denn das, was der Ministerpräsident und sein Finanzminister planen, könnte der Anfang vom Ende des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens sein. So will die Landesregierung unter anderem sogenanntes Trägerkapital einführen. Zwar soll das nicht handelbar sein, doch stellt sich die Frage, warum es dann überhaupt eingeführt werden soll. Letztlich nur, um einen ersten Schritt in Richtung Privatisierung zu machen. Viele

Arbeitsplätze und ein leistungsfähiges Sparkassensystem stehen auf dem Spiel.

„Hände weg von den Sparkassen“, sagt nicht nur die SPD. Auch der Essener CDU-Oberbürgermeister Reiniger hat eine Resolution des Essener Sparkassenverwaltungsrats unterzeichnet, der die Landesregierung auffordert, das Sparkassengesetz zu stoppen. Er wird wissen warum!

Wir brauchen unsere Sparkasse. Sie ist gut für Essen. Allein in unserer Stadt beschäftigt die Sparkasse rund 1.700 Menschen und bietet 130 Auszubildenden eine Lehrstelle. Mit ihrem Angebot ist sie mit keiner Privatbank vergleichbar. Nicht nur als Hauptsponsor des Traditionsvereins Rot-Weiß Essen sticht die Sparkasse als Förderer der Essener Sportlandschaft hervor. Mit rund 300.000 Euro jährlich fördert die Sparkasse viele kleine Sportvereine. Weitere Förderungen gibt es in Wissenschaft und Kultur. Auch hier engagiert sich keine Privatbank in vergleichbarer Weise.

Umweltzone Ruhrgebiet: Unnützes Flickwerk

Die Umweltzone ist da. Doch statt wie von Experten empfohlen, das gesamte Ruhrgebiet zur Umweltzone zu machen, wird es lediglich eine einzigartige Insellösung geben. Weite, darunter auch viele hochbelastete, Teile Essens bleiben außen vor. Neben dem Schilderwald wird der von der schwarz-gelben Landesregierung zu verantwortende Flickenteppich keine Probleme lösen, sondern weitere Probleme mit sich bringen. So jedenfalls war die Umweltzone nicht gedacht.

Kuhmichel und Witzel genießen die gute Luft im Süden...

Wer hat die Landesregierung nicht alles aufgefordert, ihre halbherzigen Planungen für die Umweltzone Ruhrgebiet zu überdenken? Betroffene Bürger, Umweltverbände, Wissenschaftler und nicht zuletzt auch die Ruhrgebietsstädte. Aber wie bei zahlreichen Gelegenheiten zuvor, nimmt die Landesregierung auch bei diesem Thema keine Ratschläge von Experten an.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, eine Umweltzone zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger einzurichten. Schlichtweg ein Skandal ist es aber, dass nahezu der gesamte Stadtbezirk Borbeck, problematische Teile der Stadtteile Karnap und Vogelheim, wie beispielsweise die Hafensstraße, sowie Teile des Essener Westens und viele weitere Belastungsschwerpunkte umweltzonenfreie Inseln bleiben,



obwohl die Menschen dort mit nicht weniger Belastungen leben müssen als in anderen Bereichen der Stadt, die in der Umweltzone liegen. So befürchtet der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), dass sich der Verkehr Ausweichquartiere in den nicht erfassten Bereichen suchen und dort für weitere Probleme sorgen wird.

So sieht sie aus, die neue 2-Klassen-Gesellschaft in Essen. Es ist zu befürchten, dass künftig weitere Belastungen auf die Menschen in diesen „umweltzonenfreien Inseln“ zukommen werden. Das ist niemandem in den betroffenen Quartieren zuzumuten.

Eine einheitliche Lösung für das gesamte Ruhrgebiet muss her: Entweder ganz oder gar nicht!

Landesregierung verscherbelt LEG und verrät Mieterinteressen

Die Landesregierung setzt auf Privatisierung. Die LEG mit ihren 93.000 Wohnungen hat sie an eine profitthungrige Heuschrecke, den US-Immobilienfonds Whitehall, verkauft und damit fast 200.000 Mieterinnen und Mieter in eine ungewisse Zukunft gestürzt: alleine in Essen sind davon 1.500 Wohnungen betroffen.

Kuhmichel und Witzel stimmen für Verkauf...

Die Befürchtungen von Mietervereinen und Sozialdemokraten haben sich bestätigt: die sogenannte Sozialcharta der Landesregierung, die die Mieter angeblich zusätzlich schützen soll, bleibt Augenwischerei.

So stellt der Deutsche Mieterbund NRW e.V. am 10. September 2008 fest: Der Kündigungsschutz unterscheidet sich minimal von der gesetzlichen Regelung. Whitehall ist berechtigt, die Investitionen um die Hälfte zurückzufahren und damit ganze Stadtteile zu vernachlässigen.

So dürfen, wie aus einem Schreiben der LEG-Geschäftsleitung hervorgeht, Aufträge zur Sanierung von Bädern und für die periodische Instandhaltung nicht mehr erteilt werden, selbst wenn sie



bereits genehmigt waren. Zudem wurde den Angaben zufolge das Budget für laufende Instandhaltungen der Wohnungen mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent gekürzt. Investitionen zur Leerstandsverringering sind gestoppt worden, heißt es in dem Schreiben weiter.

Zudem hat es erste spürbare Mieterhöhungen gegeben. Spätestens nun ist klar: Der LEG-Verkauf schadet Mietern und unserer Stadt erheblich. Die Mieter bleiben auf der Strecke.

Wohnen in Essen: Schwarz-Gelb stiehlt sich aus der Verantwortung

Ein ausreichendes und vielfältiges Wohnangebot ist ein zentrales Qualitätsmerkmal für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Allein von 1992 - 2002 wurden rund 680.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen gebaut, davon rund ein Viertel als öffentlich geförderte Mietwohnungen und Eigenheime. Diese Erfolge werden durch den marktliberalen Kurs der CDU/FDP-Landesregierung in Frage gestellt.

Kuhmichel und Witzel machen mit...

Die Wohnungsbauförderprogramme werden stetig verkleinert, das Wohnungsbauvermögen für immer neue Zwecke geöffnet und öffentliche Fördermittel ohne Gegenleistung (Belegungsrechte) an die Wohnungswirtschaft vergeben. Damit verabschieden sich CDU und FDP von der staatlichen Fürsorgepflicht im Wohnungswesen, die all denen zugute kam, die sich nicht

selber auf dem Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen konnten. Dies geht mit ständig schrumpfenden Wohnungsbauförderprogrammen und einer Zweckentfremdung des über Generationen angesparten Landeswohnungsbauvermögens einher. Allein mit dem Landeshaushalt 2009 sollen über 100 Mio. Euro dem Landeswohnungsbauvermögen entnommen werden.

CDU und FDP schleifen Mieterschutz

Der Mieterschutz wird von der Landesregierung systematisch demontiert. Auch in Essen spüren das Mieterinnen und Mieter schmerzhaft.

Kuhmichel und Witzel stimmen zu...

So wurde die sogenannte Zweckentfremdungsverordnung, die die Umwandlung von Wohn- in Büroraum verhinderte, gegen die eindrückliche Warnung der Fachleute abgeschafft. Noch schlimmer: Die Landesregierung verkürzte die von der rot-grünen

Vorgängerregierung zum Schutz der Mieter erweiterte Kündigungssperrfristverordnung von acht auf drei Jahre. Das bedeutet fünf Jahre weniger Sicherheit für die Mieter bei Eigenbedarfskündigung des Vermieters. Das trifft besonders ältere Menschen hart.

Weniger Geld für den Straßenbau

Die CDU/FDP-Landesregierung in Düsseldorf will die Fördermittel für den kommunalen Straßenbau im nächsten Jahr erneut massiv kürzen.

Kuhmichel und Witzel kürzen mit...

Essen wird gezwungen sein, in den kommenden Jahren deutlich mehr für den Straßenbau auszugeben als bisher, weil die Landesregierung den Regel-fördersatz um zehn Prozent auf dann nur noch 65 Prozent senken wird.

Bis 2007 zahlten die Kommunen von jedem Euro für den Straßenbau 25 Cent als Eigenanteil. Künftig werden es 40 Cent sein. Für Essen als finanzschwache Kommune ist das ein schwer wiegendes Problem.

Ein Verzicht auf Straßenbaumaßnahmen ist keine Option, wenn man bedenkt, in welchem Zustand so manche Straße ist. Jede weitere Einsparung ginge in unvertretbarer Weise zu Lasten der kommunalen Infrastruktur.

Der Grundsanierung von Straßen durch Landeszuschüsse hat die Landesregierung komplett eine Absage erteilt. Auf allen Maßnahmen, mit Ausnahme von Neu- und Umbaumaßnahmen, bleibt die Stadt Essen komplett alleine sitzen.

Schwarz-Gelb für Preiserhöhungen im ÖPNV verantwortlich

Weil Geld fehlt und die Landesregierung die gekürzten Regionalisierungsmittel nicht auffängt, müssen die Fahrpreise im Nahverkehr erhöht werden.

Kuhmichel und Witzel schweigen...

Anders als viele andere Bundesländer hat die NRW-Landesregierung die zurückgegangenen Regionalisierungsmittel des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr nicht ausgeglichen, obwohl ihr deutlich erhöhte Steuereinnahmen zur Verfügung stehen. Stattdessen wird diese Kürzung kreativ- und konzeptionslos an die

Verkehrsverbünde, also auch an den VRR und damit auch an die EVAG, durchgereicht. Die Folgen sind Fahrpreiserhöhungen und die weitere Ausdünnung des Fahrplans.



Privat vor Staat schadet Essen und seinen Bürgerinnen und Bürgern

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen drastisch eingeschränkt. Getreu dem Motto „Privat vor Staat“ sind kommunalwirtschaftliche Betätigungen von Städten und Gemeinden künftig nur noch möglich, wenn ein „dringender öffentlicher Zweck“ es erfordert. Damit gefährdet Schwarz-Gelb die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zahlreicher städtischer Tochterunternehmen wie zum Beispiel der Stadtwerke Essen.

Das alles passiert mit Billigung von Kuhmichel und Witzel...



Die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgenommen Verschärfungen im § 107 der Gemeindeordnung sind ein Angriff auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Essen, der nicht ohne Folgen bleiben wird. Allen voran sind sichere Arbeitsplätze in Gefahr: Kommunale Auftraggeber vergeben Jahr für Jahr Aufträge in Millionenhöhe an den lokalen Mittelstand. Darüber hinaus darf nicht

unterschätzt werden, dass zahlreiche kommunale Leistungen, wie zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr, aus den Einnahmen städtischer Töchter quersubventioniert werden.

Der von Konservativen und Liberalen angepriesene Bestandsschutz ist

eine einzige Augenwischerei: Die Unternehmen werden so nicht geschützt, sondern einem Tod auf Raten ausgesetzt. Denn durch die von CDU und FDP geplanten Regelungen werden die kommunalen Unternehmen gegenüber privaten massiv benachteiligt; das Erschließen neuer Betätigungsfelder oder das Reagieren auf neue Entwicklungen wird so für Bestandsunternehmen kaum noch möglich.

Mit ihrer Kritik an der Landesregierung steht die SPD nicht alleine da. Ähnlich kritisch sehen das auch die Stadtwerke Essen selbst. Geschäftsführer dort ist übrigens CDU-Mitglied Dr. Bernhard Görgens. In seiner Stellungnahme für eine Expertenanhörung im Landtag wies das Essener Unternehmen darüber hinaus auch auf die Auswirkungen für die kommunalen Haushalte hin. Als Folge einer Verschärfung, heißt es darin, werden Einschränkungen bei den Unternehmen hingenommen werden müssen, die bisher positive Beiträge bringen; die Verluste u.a. im öffentlichen Nahverkehr, werden hingegen bleiben.

Das, darauf verweisen die Stadtwerke Essen, träge insbesondere große Kommunen, die bereits schon jetzt mit großen Haushaltsproblemen zu kämpfen haben. Langfristig zielen die Neuregelungen darauf ab, kommunale Unternehmen von den lukrativen Märkten zu verdrängen. Für Städte wie Essen bleiben die Geschäftsfelder übrig, in denen draufgezahlt werden muss. Hier wollen private Unternehmen natürlich nicht in die Verantwortung. In letzter Konsequenz trifft diese Politik den Bürger. Der muss es mit steigenden Gebühren oder der Kürzung von städtischen Leistungen bezahlen.





Britta Altenkamp Mdl

Ihre SPD-Landtagsabgeordnete für die Stadtteile Altendorf, Frohnhausen, Fulerum, Haarzopf, Holsterhausen, Margarethenhöhe, Nordviertel, Ostviertel, Südostviertel, Südviertel und Westviertel

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 884-2501
Fax (0211) 884-3176
E-Mail britta.altenkamp@landtag.nrw.de
Internet www.britta-altenkamp.de



Dieter Hilser Mdl

Ihr SPD-Landtagsabgeordneter für die Stadtteile Freisenbruch, Frillendorf, Horst, Huttrop, Katernberg, Kray, Leithe Schonnebeck, Steele und Stoppenberg

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 884-2242
Fax (0211) 884-3202
E-Mail dieter.hilser@landtag.nrw.de
Internet www.dieterhilser.de



Thomas Kutschaty Mdl

Ihr SPD-Landtagsabgeordneter für die Stadtteile Altenessen, Bedingrade, Bergeborbeck, Bochold, Borbeck, Dellwig, Frintrop, Gerschede, Karnap, Schönebeck, Vogelheim und Mülheim-Winkhausen

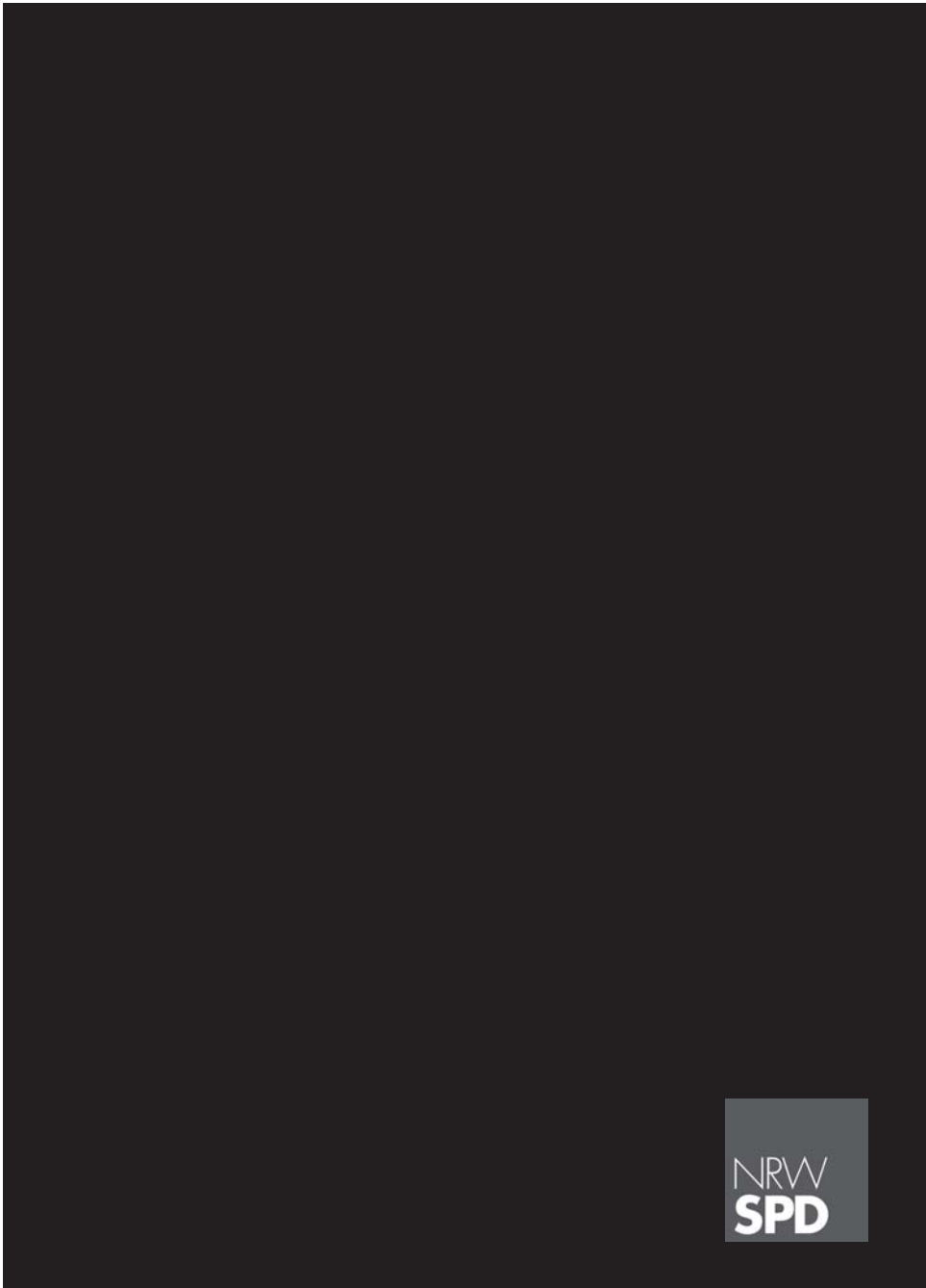
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 884-2666
Fax (0211) 884-3212
E-Mail thomas.kutschaty@landtag.nrw.de
Internet www.thomas-kutschaty.de



Peter Weckmann

Ab Januar 2009 Ihr SPD-Landtagsabgeordneter und Ansprechpartner für die Stadtteile Bergerhausen, Bredeney, Burgaltendorf, Byfang, Fischlaken, Heidhausen, Heisingen, Kettwig, Kupferdreh, Rellinghausen, Rüttenscheid, Schuir, Stadtwald, Überruhr und Werden

Severinstraße 44, 45127 Essen
Telefon (0201) 82023-22
Fax (0201) 23 57 56
E-Mail peter.weckmann.nrw@spd.de
Internet www.peter-weckmann.de



NRW
SPD

